

Arbeitnehmerbegehren für eine soziale Politik



Deutschland im Jahr 2004:

Über vier Millionen Menschen sind arbeitslos. Tatsächlich fehlen rund sieben Millionen Arbeitsplätze.

Über 500 000 Jugendliche finden keinen Einstieg in das Berufsleben. Viele Kindergärten, Schulen und Hochschulen sind in einem miserablen Zustand.

Der Konjunkturmotor stottert und kommt nicht in Fahrt, weil die Nachfrage im Inland und die Kaufkraft schwächeln – nicht nur die der ArbeitnehmerInnen, auch die der RentnerInnen, Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen. Knapp ein Prozent der Haushalte verfügt insgesamt über mehr als 25 Prozent des Geldvermögens.

Über 50 Prozent der Haushalte dagegen kaum über mehr als fünf Prozent. Die sozialen Gräben in der Gesellschaft werden tiefer.

So kann es nicht weitergehen. Wir müssen gegensteuern.

Wir haben politische Alternativen. Wir engagieren uns für eine andere, eine soziale Politik:

- die umweltverträgliches Wirtschaftswachstum fördert,
- die Arbeitslosigkeit bekämpft,
- die soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für Männer und Frauen schafft,
- die gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung der Menschen ausbaut und
- die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

**ARBEITNEHMER-
BEGEHREN**

Für eine soziale Politik!

www.gew-gelsenkirchen.de



Protest der GEW vor der Bildungskonferenz
Im Bild (v.l.): Uwe Lorenz, Alfons Kunze, Margret Schröer

WAZ-Bild: Martin Möller

Ankündigung Aktionstag

Am 05. Oktober führt der GEW-Landesverband einen Aktionstag in Düsseldorf durch. Über die Beteiligung unseres Stadtverbandes werden wir noch informieren.



**Statt Steuergeschenke
für Millionäre -
Milliarden für Bildung!**





Auf ein Wort

Die erste öffentliche GEW-Veranstaltung, die ich 1972 als junger Lehrer in Gelsenkirchen erlebte, war eine Demonstration gegen den **Bildungsnotstand** in unserer Stadt.

Der **Bildungsnotstand** war hervorgerufen durch den gewaltigen Lehrermangel, den wir damals in unserem Lande hatten und der in Gelsenkirchen bei 30 – 40 % lag. Damals also **Bildungsnotstand** aufgrund von Lehrermangel trotz Vollbeschäftigung und trotz Wirtschaftswachstum.

In diesem Sommer hatte die GEW wieder einige Veranstaltungen zum Thema **Bildungsnotstand** in Gelsenkirchen. Dieser wird jedoch nicht hervorgerufen durch Lehrermangel, sondern durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die Lernen und Lehren in unserer Stadt so schwer machen. Die Ergebnisse der PISA-Untersuchung und der Studie des Projektes Ruhr für Bildungsbeteiligung im Ruhrgebiet machen deutlich, dass Gelsenkirchen in Sachen Bildungsförderung die Rote Laterne übernommen hat. Mit 10 % Schulabbrechern pro Jahr bei steigender Tendenz ist Gelsenkirchen eine Stadt, bei der dieser **Bildungsnotstand** greifbar wird. Die hohe Arbeitslosenquote und der Ausbildungsplatzmangel sind sicherlich auch ein Grund für diese Entwicklung. Lauteten in den 70er Jahren die Forderungen zur Behebung des **Bildungsnotstandes**: Beseitigung des Lehrermangels und Einstellung von mehr Lehrern, so sind die Forderungen heute ähnlich. Wir brauchen in Städten und Regionen wie Gelsenkirchen, in denen der **Bildungsnotstand** so deutlich wird, mehr Lehrer als haushaltsrechtlich abgesicherte Zusatzrelationen, die das Unterrichten

in kleineren Klassen möglich machen. Darüber hinaus sollten wir den Ergeiz haben, Gelsenkirchen zu einem Modellversuch zu machen, in dem die Generation von jungen Ausländern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, erfolgreich beschult wird. Angesichts der demographischen Entwicklung in Deutschland kommt in Kürze diese Herausforderung nämlich auf die ganze Bundesrepublik zu. In diesem Sommer hat es diverse Konferenzen gegeben, deren Ziel es war, die wirtschaftliche Entwicklung in dieser Region anzukurbeln und das Bildungssystem in dieser Stadt zu sanieren. In **dieser** Stadtverbandszeitung werden wir **darüber** berichten.

Es muss endlich was geschehen.

Karl-Heinz Mrosek

Inhalt:	Seite
Auf ein Wort.....	2
Ohne Moos – nix los!.....	3
Urlaubsgeld 2004 für BeamtInnen.....	5
Einheitliches Dienstrecht.....	5
Versorgungsänderungsgesetz verfassungswidrig?.....	5
Emscher-Lippe-Konferenz.....	6
Geld für Kinder.....	6
GEW und DGB fordern: Endlich handeln	7
Brief des Vorsitzenden an KollegInnen.....	9
Gelsenkirchener Bildungskonferenz.....	9
Wissenschaftler fordern 12 Mrd. € für Kinder.....	10
GEW: 12 Mrd. € sollen nicht finanzierbar sein?.....	10
Bildungsoffensive Ruhrgebiet 2020.....	11
Gelsenkirchen braucht massive Finanzhilfen.....	11
Kommentar: Erlernen der deutschen Sprache ist Bringschuld.....	12
Statistische Erhebungen.....	13
Ein Sparprogramm als Reform getarnt.....	14
„Land raubt Kindern jede Chance“.....	15
Rezept: Bauernweißbrot.....	15
Stoppt Steuerklau – Stoppt Vodafone.....	16
Keller erhält bis zum Herbst Tageslicht.....	16
Impressum.....	16
Feuilleton.....	17
Buchbesprechung.....	18
Die GEW im neuen Personalrat Sonderschulen.....	19
Arbeitnehmerbegehren für eine soziale Politik.....	20

Ohne Moos – nix los!

Raus aus der neo-liberalen Sackgasse!

Lehrer¹ müssen mehr Stunden in der Woche unterrichten.

Lehrer arbeiten immer härter.

Lehrer unterrichten mehr Schüler.

Lehrer erziehen mehr Schüler.

Lehrer müssen höhere Krankenkosten bezahlen.

Lehrer erhalten kein Urlaubsgeld mehr.

Lehrer erhalten nur noch ein reduziertes Weihnachtsgeld.

Lehrer erhalten weniger Lohn.

Lehrer erreichen später den Ruhestand.

Lehrer können sich immer weniger vorstellen, den Ruhestand gesund zu erreichen.

Lehrer

Schüler² lernen mit immer mehr Schülern in einer Lerngruppe.

Schüler müssen immer mehr für Schulbücher (durch die Eltern) bezahlen.

Schüler müssen immer mehr für diverses Unterrichtsmaterial (durch die Eltern) bezahlen.

Schüler müssen immer mehr Geld für Fahrkarten (durch die Eltern) bezahlen.

Schüler erhalten immer weniger Erziehung und Anregung in der Primärsozialisation.

Schüler

Trotz all dieser Verschlechterungen und Defizite erbringen Lehrer und Schüler (leider nicht immer mit Unterstützung der Eltern) eine nicht hoch genug zu achtende Leistung.

Dies müssen wir uns selbst immer wieder sagen, denn unseren Vorgesetzten fällt häufig nur zum Schuljahresende ein achtendes „Danke schön!“ ein.

Auch ein häufigeres „Danke schön!“ würde die Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen nicht kompensieren.

Eine Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen und eine Verbesserung der Lernbedingungen der Schüler ist kostenneutral nicht zu haben.

¹ Das Synonym „Lehrer“ schließt die Kolleginnen selbstverständlich mit ein.

² Das Synonym „Schüler“ schließt die Schülerinnen selbstverständlich mit ein.

Dagegen hört man aber immer wieder das Argument: „Es ist doch kein Geld da!“

Das stimmt auf den ersten medienmanipulierten Blick. Der Bund, die Länder und die Kommunen haben scheinbar immer weniger Geld zur Verfügung, obwohl die Haushalte nominell immer wachsen.

Gönnen wir uns doch mal den Luxus und denken hier weiter!

Warum haben die staatlichen Einrichtungen immer weniger Geld zu verteilen?

Da gibt es zwei Möglichkeiten:

- Die öffentliche Hand hat genug Einnahmen, gibt sie aber für den Bildungsbereich nicht aus.
- Die öffentliche Hand hat immer weniger Einnahmen und kann daher für den Bildungsbereich auch weniger Geld ausgeben.

Beide Möglichkeiten könnte der Staat verändern, wenn er wollte:

- Es müssen Mittel in anderen Bereichen eingespart und in den Bildungsbereich umgeschichtet werden.
- Es müssen neue Einnahmequellen für die öffentliche Hand erschlossen werden.

1. Subventionen:

Der Staat subventioniert auf allen Ebenen ganze Industriezweige und Unternehmen mit dem Ziel, Industrieansiedlungen und damit Arbeitsplätze zu fördern. Das ist gut, wenn so Arbeitsplätze geschaffen werden.

Frage: Warum tauscht der Staat die Subventionen nicht gegen Anteile an den Unternehmen ein?

Warum fordert der Staat die Subventionen nach einer verabredeten Zeit nicht zurück? – Verschenken die Banken Geld?

Durch den Rückfluss von Subventionen oder den Verkauf von Unternehmensanteilen würde der Staat neue Einnahmequellen erschließen.

2. Entwicklung der staatlichen Einnahmen:

Die Ausgaben des Staates werden finanziert durch die Steuereinnahmen.

Anteil der Lohnsteuer am Steueraufkommen:

Von 1977 bis 2002 stieg der Anteil der Lohnsteuer am Steueraufkommen um 17 % (von 30 % auf 35 %).

Anteil der Mehrwert- und Verbrauchssteuern am Steueraufkommen:

Von 1977 bis 2002 stieg der Anteil der Mehrwert- und Verbrauchssteuern am Steueraufkommen um 33 % (von 33 % auf 44 %).

Nach diesen Zahlen dürften wir doch nicht klagen. Es kommt doch immer mehr Geld rein! Warum heißt es dann trotzdem immer „Es ist kein Geld da!“? – Gibt der Staat an anderer Stelle so viel mehr aus, oder gehen Steuereinnahmen an anderer Stelle zurück?

Anteil der Vermögens- und Gewinnsteuern am Steueraufkommen:

Von 1977 bis 2002 sank der Anteil der Vermögens- und Gewinnsteuern am Steueraufkommen um 52 % (von 29 % auf 14 %).

Spitzensteuersatz:

Von 1998 bis 2005 sinkt der Spitzensteuersatz um 21 % (von 53 % auf 42 %). Dadurch entsteht dem Staat jedes Jahr ein Steuerausfall von 13 Milliarden €.

Gewinnsteuerbelastung von Kapitalgesellschaften:

Von 2000 bis 2003 stiegen die Gewinne von Kapitalgesellschaften um 7 % (von 205 Mrd. € auf 220 Mrd. €). Dafür zahlten die Kapitalgesellschaften 42 % weniger Steuern (von 43 Mrd. € auf 25 Mrd. €).

Entlastung von Einkommensmillionären von 1998 bis 2005 durch die Steuerreform:

SPD und Grüne: Entlasten Einkommensmillionäre um 100 000 € pro Jahr.

Merz (CDU): Will Einkommensmillionäre um 162 000 € pro Jahr entlasten.

Exportweltmeister Deutschland:

Im Jahr 2003 wurde ein Exportüberschuss von 100 Mrd. € erzielt.

Geldvermögen:

400 000 Deutsche (0,5 %) besitzen 1 Billionen € Geldvermögen (25 %).

Steuern für Reiche wie vor 25 Jahren:

Wenn die Reichen heute wie vor 25 Jahren besteuert würden, dann hätte der Staat jedes Jahr 70 Mrd. € mehr Steuereinnahmen.

Diese Veränderungen haben folgende Folgen:

Steuerausfälle von Bund, Ländern und Gemeinden:

Vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2003 nahmen Bund, Länder und Gemeinden 101,5 Milliarden € weniger an Steuern ein.

Vom Jahr 2004 bis zum Jahr 2007 werden sich die Steuerausfälle von Bund, Ländern und Gemeinden um weitere 61 Milliarden € reduzieren.

Investitionen von Bund, Ländern und Gemeinden:

Die Investitionen von Bund, Ländern und Gemeinden sanken von 47 Milliarden € im Jahr 1992 auf 32 Milliarden € im Jahr 2004. Das sind 15 Milliarden € im Jahr 2004 weniger als im Jahr 1992 (= -32 %).

Die unteren Einkommen müssen mehr Steuern zahlen, die höheren Einkommen weniger. Welche Ideologie steckt hinter dieser massiven Steuerumverteilung?

Die einzige Logik, die ich in dieser Steuerpolitik erkennen kann, ist die Hoffnung, dass das Kapital (das scheue Reh) nicht verschreckt wird und im Lande bleibt. Weitere Hoffnung könnte darauf gegründet sein, dass die zusätzlichen Einnahmen (erlassene Steuern) nicht zu Finanzspekulationen eingesetzt werden, sondern investiert werden und dadurch neue Arbeitsplätze entstehen. – Diese Hoffnung ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Die Zahl der Normalarbeitsplätze sinkt, die Zahl der Arbeitslosen steigt. Die Zahl der Einkommensmillionäre steigt, ihr Anteil am Geldvermögen auch.

Ein altes indianisches Sprichwort sagt: „Ist dein Pferd tot, so steig ab und nimm ein neues Pferd!“

attac und ver.di haben gemeinsam ein alternatives Steuersystem ausgearbeitet. Über diese Alternative wird in den Verlautbarungs-Medien nicht berichtet. Wir sollten uns informieren.

<http://www.verdi.de/kampagnen>

Klaus Simon

Urlaubsgeld 2004 für Beamtinnen und Beamte

Aufgrund des Sonderzahlungsgesetzes ist nicht nur das sog. Weihnachtsgeld für die Beamtinnen und Beamten gekürzt worden, sondern es ist auch das Urlaubsgeld vollständig entfallen. Wegen der Kürzung des Weihnachtsgeldes hat die GEW NRW mehrere Musterverfahren vor den Verwaltungsgerichten eingeleitet. Das Finanzministerium hat für die übrigen Einzelfälle einem Ruhen der Anträge zugestimmt, wenn ein entsprechender schriftlicher Antrag gegen die gekürzte Sonderzahlung 2003 an das Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) gerichtet worden ist.

Das Finanzministerium hat sich nun gegenüber dem Deutschen Gewerkschaftsbund einverstanden erklärt, im Zusammenhang mit dem Urlaubsgeld in gleicher Weise wie beim Weihnachtsgeld zu verfahren.

„Vorbekanntlich einer Klageerweiterung der laufenden Musterverfahren im Zusammenhang mit der Sonderzahlung 2003 um die Frage der Rechtmäßigkeit des Wegfalls des Urlaubsgeldes 2004 können entsprechende Anträge bis zu einer abschließenden Entscheidung der Obergerichte zum Ruhen gebracht werden. Diese Anträge sind an das Landesamt für Besoldung und Versorgung zu richten; die Antragsteller werden von dort benachrichtigt.“

Vor diesem Hindergrund empfehlen wir allen, die Ihren Anspruch auf Zahlung von Urlaubsgeld geltend machen wollen, einen Antrag mit folgendem Text an das LBV zu richten:

Hiermit beantrage ich die Zahlung eines Urlaubsgeldes für das Jahr 2004 mindestens in der Höhe nach dem im Jahre 2003 geltenden Recht. Im Hinblick auf die eingeleiteten Musterverfahren bitte ich, das Verfahren bis zur Entscheidung der Obergerichte ruhend zu stellen.

Wir weisen darauf hin, dass derartige Anträge nicht zwingend im „Zahlmonat“ Juli gestellt werden müssen, jedoch sollten sie bis zum Ende des Haushaltsjahres (= Kalenderjahr) erfolgen.

Karl-Heinz Mrosek

GEW-Geschäftsstelle

Essener Straße 88
45899 Gelsenkirchen
Tel.: 0209 / 51 37 59
Fax: 0209 / 51 42 97

Einheitliches Dienstrecht

Nordrhein-Westfalens SPD-Fraktion hat eine Bundesratsinitiative für ein **einheitliches Dienstrecht** im öffentlichen Dienst abgelehnt. Sie will Änderungen im Zuge der Förderalismusreform.

Die SPD verspricht niedrigere Krankenkassenbeiträge durch die geplante **Bürgerversicherung**. In dieses Versicherungsmodell sollen auch Beamtinnen und Beamte einbezogen werden.

Bei einer Anhörung im Bundestagsinnenausschuss haben Juristen vor Populismus beim **Bürokratieabbau** gewarnt. Regelungen abzuschaffen, bedeute nicht, dass keine neuen nötig würden.

K.-H. Mr.

Versorgungsänderungsgesetz verfassungswidrig?



Das Verwaltungsgericht Frankfurt/Main vertritt in zwei Entscheidungen vom 19.04.2004 die Ansicht, dass die vom Bundesgesetzgeber beschlossene schrittweise Absenkung der Versorgungsbezüge auf Grundlage des Versorgungsänderungsgesetzes mit Art. 33 (5) Grundgesetz nicht vereinbar ist.

Die Frankfurter Richter haben die Verfahren ausgesetzt und dem Verfassungsgericht vorgelegt.

In den beiden Fällen klagen drei am 1. Januar 2002 pensionierte Bundesbeamte und ein Ruhestandsbeamter des Bundes gegen ihre Kürzung des Versorgungsniveaus. Bei den Klägern handelt es sich um Musterverfahren, welche der DGB mit anderen Einzelgewerkschaften angestrengt hat. Dies ist ein erster Etappenerfolg. Soweit uns ersichtlich, ist dieses Verfahren bislang der erste und einzige Fall, der dem Bundesverfassungsgericht in dieser Angelegenheit zur Beurteilung vorliegt.

Die Karlsruher Verfassungsrichter wollen noch 2004 über die Zulassung der Beschwerde entscheiden.

K.H. Mr.

Öffnungszeiten:

Montag: 09.00 Uhr – 12.00 Uhr
Mittwoch: 09.00 Uhr – 12.00 Uhr
Donnerstag: 15.00 Uhr – 18.00 Uhr

Emscher-Lippe-Konferenz

Ein Schritt nach vorne oder Kommunalwahl - politisches Schaulaufen?

Lange genug war sie vorbereitet gewesen. Gespannt schauten die Bürgerinnen und Bürger zur Arena Auf Schalke in der Hoffnung, dass dann hier Programme vorgestellt würden, die die stark gebeutelte Emscherzone aus dem Tief herausbringen sollten. Schaut man dann am Tag danach in die Presse, liest man, dass sich Enttäuschungen bei den Politikern breit machten, weil Zusagen nicht gehalten wurden. Enttäuschungen machen sich auch beim Leser breit. Nicht nur, dass Forderungen nicht erfüllt wurden, sondern auch, über welche Forderungen man letztlich hier gestritten hat. Glauben die Politiker aus unserer Region wirklich, dass ein Gelsenkirchener Fußballmuseum eine Perspektive böte, den Menschen in dieser Region Zukunftschancen zu geben? Ob eine „park and ride“-Anlage für Bottrop am Hauptbahnhof zur Gesundung unserer wirtschaftlichen Strukturen beitragen könnte oder ob ein Ayurveda-Gesundheitszentrum in Castrop-Rauxel der Stein der Weisen wäre? Ich glaube es nicht. Regionalpolitiker, die mit diesen Forderungen in eine derartige Konferenz hineingehen, können damit bestimmt nicht überzeugen.



Foto Klaus Berg

Überzeugender waren hier sicherlich die GEW und der DGB, indem sie im Vorfeld dieser Konferenz ihre bildungspolitischen Vorstellungen öffentlich machten. Diesen Ball nimmt Peer Steinbrück auf. „Steinbrück wiederholte noch einmal, dass das Land seine Schulpolitik auf Schulen mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen konzentrieren wolle...“

Hier sind wir weiter gefragt, seine Aussagen immer wieder zu überprüfen und unsere Vorstellungen immer wieder zu benennen.

Wir brauchen einen „Masterplan Bildung“ für diese Region.

Karl-Heinz Mrosek

Geld für Kinder

Die Kinderalimentation beschäftigt weiter die Justiz. Das Bundesverwaltungsgericht hat geurteilt, dass die Instanzgerichte den Beamtinnen und Beamten mit mehr als zwei Kindern eine höhere Besoldung zusprechen können, obwohl der Gesetzgeber bereits nachgebessert hat. Damit unterstreicht das Gericht die so genannte Vollstreckungsanordnung, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 24. November 1998 ausgesprochen hatte. Außerdem wird deutlich, dass die derzeitigen gesetzlichen Ansprüche noch nicht ausreichen. Die Bundesregierung hatte dies bestritten. Ob das Bundesverwaltungsgericht nähere Ausführungen zur Höhe der zustehenden Alimentation gemacht hat, ist noch offen. Die Gewerkschaften wollen die Veröffentlichung der Entscheidungsgründe abwarten, um abzuwägen, ob sie zu weiteren Klagen aufrufen. Mit der Veröffentlichung wird ab August gerechnet.

Aktenzeichen: 2 BvL 26/91 und 2 C 34.02



Vor Ort handeln

GEW und DGB fordern: Endlich handeln – Bildungsnotstand abwenden!

Gelsenkirchen und die Emscher-Lippe-Region brauchen ein langfristig angelegtes Pilotprojekt zur Überwindung des Bildungsnotstandes. Massive Finanzhilfen von Land und Bund sind erforderlich, um die Beschäftigungsfähigkeit der jungen Menschen an Emscher und Lippe nachhaltig zu verbessern.

Um das ganze Ausmaß des Bildungsnotstandes zu verdeutlichen, stellten DGB und GEW jetzt für jeden der **958 Sitzenbleiber** im letzten Schuljahr und für **253 junge Schulabgänger ohne Abschluss** einen leeren Stuhl auf den Gelsenkirchener Neumarkt. Der Stuhl als Symbol fürs Sitzenbleiben zeigt die Fehlsteuerung im Schulwesen. In Hessen soll Sitzenbleiben abgeschafft werden: Sitzenbleiben ist für den Schüler beschämend und bringt keine Besserung der Schullaufbahn und kostet aber den Steuerzahl 7.300 Euro pro Fall. In Gelsenkirchen wären ohne Sitzenbleiben **7.000.000 Euro** für die sozialpädagogische Betreuung und Förderung der Schüler „drin“ - Schule könnte durch gezielte Förderung den Schülern wieder Spaß machen - und den Lehrern auch.

Schulabgänger ohne (Haupt-) Schulabschluss haben nur sehr geringe Chancen auf eine berufliche Erstausbildung und damit auf eine qualifizierte Tätigkeit in der Wirtschaft. Arbeitslosigkeit ist vorprogrammiert. In Gelsenkirchen liegt die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss (10,1 %) doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt NRW (6,2 %).

Alarmierend ist auch die „Verfassung“ der Viertklässler: Von den 2.700 Grundschulern der vierten Klasse verlassen 800 die Grundschule in diesen Tagen mit gravierenden Schwächen in Lesen, Rechtschreiben und Rechnen. Mit „Sitzenbleiben“ werden diese Schwächen in der Sekundarstufe I nicht kompensiert.

Dazu passt die Feststellung, dass insgesamt in Gelsenkirchen und der Emscher-Lippe-Region viel zu viele Schüler mit zu niedrigen Schulabschlüssen die Schulen verlassen.

Nach Meinung von DGB und GEW ist der gesellschaftliche Auftrag „Chancengleichheit“ nur zu bewältigen, wenn die schulische Ausbildung in der Emscher-Lippe-Region grundlegend verbessert wird. (...)

In Gelsenkirchen herrscht Bildungsnotstand, obwohl aus eigener Kraft viel Vorbildliches auf

die Beine gestellt wurde, um Chancengleichheit zu ermöglichen. (...)

Im Rahmen eines „Masterplanes Schulerfolg“ verlangen GEW und DGB erste Sofortmaßnahmen:

Kinder sind die Zukunft unserer Region. Deshalb müssen unsere Kinder unabhängig von ihrer Herkunft optimal gefördert und ausgebildet werden.

1. Individuelle Frühförderung in Kleingruppen ist mit verbesserten personellen, sächlichen und zeitlichen Ressourcen zu gewährleisten.
2. Ein integriertes pädagogisches Gesamtkonzept und eine Förder- und Unterrichtsdatenbank für den Elementar- und Primarbereich durch Stabsstellen ist zu erstellen.
3. Der Elementarbereich braucht langfristige personelle Planungssicherheit, eine Erhöhung bzw. - bei rückgehenden Kinderzahlen - eine (adäquate) Beibehaltung der Zahl der Fachkräfte und Sprachförderkräfte.
4. Die Nutzung der Vorsorgemaßnahmen U 1 bis U 9 mit dem Ziel der frühen Diagnose von Entwicklungsstörungen mit anschließender Therapie ist zu steigern. Laut Gesundheitsberichterstattung der Stadt Gelsenkirchen haben rund ein Drittel der sog. I-Männchen „schulrelevante Auffälligkeiten“.
5. Eine Aufklärungsoffensive in Elternhäusern mit Migrationshintergrund muss verdeutlichen, dass das Erlernen der deutschen Sprache eine Bringschule ist und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungskarriere der Kinder, unterstützt durch öffentliche Förderung.
6. Wenn die Startchancen junger Menschen nicht länger von ihrer sozialen Herkunft abhängen sollen, müssen Bildungseinrichtungen den unterschiedlichen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Sie müssen Kinder mit Behinderungen integrieren, Kinder ausländischer Eltern bei Sprachschwierigkeiten unterstützen und Kinder mit Lernschwierigkeiten fördern. (...)
7. Ganztagsgrundschulen für ca. 2500 Kinder allein in Gelsenkirchen bis zum Jahr 2007 erfordern erfolgversprechende und bedarfsgerechte Personal- und Sachressourcen. Ganztagsgrundschule muss in die Lage versetzt werden, auch nachmittags kompensatorisch zu arbeiten.

Leere Stühle auf dem Neumarkt

GEW und DGB fordern einen „Masterplan Schulerfolg“

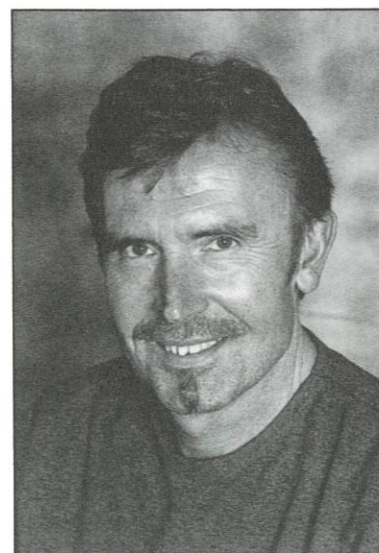


Aktion in der City: Mit leeren Stühlen demonstrierten Gewerkschaften gegen den Bildungsnotstand in der Stadt (WAZ: 17.07.04, Bild: Cornelia Fischer)

8. Ein Teil der Kinder und Jugendlichen ist „besonders anstrengend“ und beeinträchtigt geordneten Unterricht. Schulen brauchen deshalb langfristig angelegte Unterstützung durch („Soziale Frühwarnsysteme“), Sozialarbeiter, Psychologen und Jugendhilfeeinrichtungen. (...)
9. Eine gute Bildungspolitik hängt nicht allein von der Haushaltslage ab. In der derzeitigen Situation kommt es darauf an, die knappen Mittel sinnvoll einzusetzen. Kommunen sollten sich darauf konzentrieren, Projekte anzuschließen und zu stützen, die Benachteiligten helfen.
10. Wenn im deutschen Schulsystem gesiebt wird, fallen Kinder aus bildungsfernen Familien häufiger durch den Rost. Sie werden öfter von der Einschulung zurückgestellt, wiederholen eher Klassen und landen häufiger auf der Sonderschule. Wenn Kinder nicht länger in und an diesem Schulsystem scheitern und ihnen damit Zukunftschancen genommen werden sollen, müssen Pädagogen und Verantwortliche umdenken. LehrerInnen dürfen nicht länger ausweichen; sie müssen Kinder individuell fördern.
11. Schüler und Eltern sind bei der Berufswahlentscheidung oft überfordert. Rund 25 % eines Jahrgangs brechen ihre Ausbildung ab. Davon etwa die Hälfte im ersten Jahr. Zu den häufigsten Gründen zählen falsche Vorstellungen von gewählten Berufen und vom Arbeitsleben. SchülerInnen brauchen Profis, die sie bei der Berufswahl beraten und ihnen helfen, die für sie wichtigen Informationen aus der Fülle der Angebote herauszufiltern. Deshalb sind die Errichtung eines Netzwerkes „Berufswahlorientierung“ und genügend qualifizierte Praktikumpätze für alle notwendig.
12. Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist dramatisch. Auf eine Ausbildungsstelle kommen in Gelsenkirchen und der Emscher-Lippe-Region drei BewerberInnen. Die Zahlen der Schulabgänger steigen bis 2007 weiter an. In dieser Situation müssen Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen und selbst mehr Auszubildende einstellen. (...)
13. Die Anforderungen in vielen Berufen verändern sich in immer kürzeren Abständen. Deshalb wird Weiterbildung immer wichtiger. Trotz der Kürzungen von Land und Bund bei der Weiterbildung und der neuen Regelungen bei den Hartz-Gesetzen muss die Region selbst Initiativen ergreifen, um ein attraktives Weiterbildungs- und Beratungsangebot für „ihre“ ArbeitnehmerInnen „aufzubauen“.
14. Um im Wettbewerb der Regionen mithalten zu können, muss die unterdurchschnittliche Zahl der Studierenden in der Emscher-Lippe-Region erhöht werden. (...)

Dr. J. Hülsdünker
DGB Emscher-Lippe

Alfons Kunze
GEW Gelsenkirchen



Alfons Kunze
Stadtverbandsvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir wünschen einen guten Einstieg in das Schuljahr und Freude am Beruf. Zu deren Erhalt kann es hilfreich sein, die Flut von Aufgaben, die Arbeitsbelastung mit dem Setzen von Prioritäten zu begrenzen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wird sich weiter für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen einsetzen.

Kinder und Jugendliche brauchen bessere Zukunftschancen. In Gelsenkirchen werden pro Jahr durchschnittlich 255 Jugendliche ohne Hauptschulabschluss entlassen, insgesamt 2036 von 1995 bis 2002. Im gleichen Zeitraum machten 1900 Jugendliche den Hauptschulabschluss nach dem 9. Jahrgang.

Unser Pressereferent, Karl-Heinz Mrosek, brachte es auf den Punkt:
*Einst wurde hier Kohle gefördert.
Wann werden endlich die Kinder gefördert?*

Wir tun was.
Es werden

- Plakatwände gemietet,
- Infostände gemacht.
- Am 5. Oktober 2004 wird auf einem Aktionstag öffentlichkeitswirksam dargestellt: Konferenzen in Gelsenkirchen mit Landes- und Bundespolitik sind das eine. Es müssen Taten folgen. Es muss mehr Geld nach Gelsenkirchen (siehe Artikel von Klaus Simon [S. 3-4], WAZ vom 30.07.2004 [S. 10]).

- Wir erwägen demonstrative Maßnahmen, um der Notwendigkeit eines Pilotprojektes zur Überwindung des Bildungsnotstandes Nachdruck zu verleihen.

Wir werden deine/ Ihre Unterstützung brauchen.

Mit GEWerschaftlichen Grüßen

Alfons Kunze

Weitere Informationen:
Besuchen Sie unsere Homepage
www.gew-gelsenkirchen.de

Gelsenkirchener Bildungskonferenz

13. Juli 2004
im Annette-von-Droste-Hülshoff-
Gymnasium

Die Teilnehmer machten zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der schulischen und sozialen Rahmenbedingungen (kompletter Text: www.gew-gelsenkirchen.de).

Es werden Handlungsfelder benannt u.a. zu

- Sprachförderung,
- Ganztagsangeboten,
- Schulstruktur,
- finanziellen, personellen und sächlichen Ressourcen,
- Prävention und Reduktion von Gewalt,
- Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung,
- Schulsozialarbeit / Schulberatungsstelle,
- nichtlehrendem Personal,
- Beratungs- und Vernetzungsstrukturen,
- Arbeitsplatz Schule / Neue Medien / Gebäude-substanz.

GEW regt an: Runder Tisch Bildungsaufbruch

Die Veranstaltung brachte viele Akteure der GEBildungslandschaft zu einem fruchtbaren Meinungsaustausch zusammen. Es ist eine große Bereitschaft vorhanden, für die Zukunft der Kinder, die Vernetzung der Ressorts und bessere Arbeitsbedingungen nach vorne zu denken und zu han-

deln. Ein ressort- und schulformübergreifendes Wir-Gefühl ist greifbar.

Diese Stadt hat viele Profis, ein hoch qualifiziertes Kompetenzzentrum zu installieren.

Die GEW Gelsenkirchen regt an:

Aus der Bildungskonferenz sollte ein "Runder Tisch Bildungsaufbruch Gelsenkirchen" werden. Seine Aufgabe könnte ein Ausloten der wenigen und engen Gestaltungsräume sein, wie sie z. B. schon realisiert sind in der Zusammenarbeit der LB-Sonderschulen mit dem Berufskolleg. Es kön-

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Angela Garreis 30. Juli 2004

Wissenschaftler fordern 12 Milliarden € für Kinder

„Aus dem Teufelskreis der Armut!“ – „Mehr Mütter sollen arbeiten.“

Vier Wissenschaftler wollen die Politik umkrempeln. Mit einem einfachen Rezept versuchen sie, Kinder aus dem Teufelskreis der Armut zu retten.

„Mut zur Veränderung“ heißt der Plan, der auf den ersten Blick illusorisch anmutet, weil er so teuer ist. Etwa 12 Milliarden € pro Jahr veranschlagen die Experten für flächendeckende Betreuung von Kindern in Krippen, Kindergärten, Vor- und Ganztagsgrundschulen. Weil die Kassen leer sind, liegt den Wissenschaftlern viel daran zu erklären, dass es keine Alternative gibt zu Kindern. Ursula Boos-Nünning von der Uni Duisburg-Essen: „Es sind nur zwei Fragen zu beantworten: „Was brauchen Kinder? Was braucht Deutschland?“

Im weltweiten Vergleich hat Deutschland mit 1,29 eine der niedrigsten Geburtenraten. Die wenigen Kinder wachsen mehr oder weniger in Armut auf. Die Wissenschaftler nennen, grob zusammengefasst, die Ursachen: Frauen mit Kindern, die nicht arbeiten, sind Hauptfaktor für das Risiko der Kinderarmut. Armut wiederum ist das größte Risiko für Bildungsmängel und gesundheitliche Schäden. Beides erhöht das Risiko der späteren Arbeitslosigkeit. Der Armutskreislauf schließt sich. Nach Ansicht der Experten ist der Kreislauf zu brechen, wenn Frauen arbeiten können und ihre Kinder gut betreut würden. Verbunden mit schulischer Gesundheitserziehung könnten zudem viele chronische

Krankheiten vermieden werden. Die Wissenschaftler verweisen auf die Erfolge des Systems in Schweden und Dänemark. Dort habe sich die Erwerbstätigkeit von Frauen deutlich erhöht, die Arbeitslosigkeit sei gesunken und das Bildungsniveau der Einkommensschichten habe sich angehoben. Auch habe sich der Gesundheitszustand deutlich verbessert. Mit Blick auf die Kassen rechnet Prof. Gert Weisskirchen vor, dass das System auch das Wirtschaftswachstum ankurbelt. Eine Untersuchung in 122 Staaten habe ergeben, dass entsprechende Investitionen einen Doppelungseffekt erzielen: „1,5% Mehrausgaben haben 3% Wachstum erbracht.“

GEW:

12 Mrd. € sollen nicht finanzierbar sein? Eine Verbesserung der Einnahmen ist möglich zum Beispiel durch

- 20 Milliarden € durch Vermögens- und Erbschaftsteuer pro Jahr.
- 18 Mrd. € in 2003, je 15 Mrd. € in 2002 und 2001 Verlust durch betrügerische Karussellgeschäfte mit der Mehrwertsteuer. Laut Deutscher Steuergewerkschaft hat der deutsche Staat im Vergleich mit anderen Ländern Europas viel zu wenig gegengesteuert.

nen Effekte für das Bildungssystem erwirtschaftet werden.

Und: Es ist noch vehementer als bisher massive finanzielle Unterstützung einzufordern von Bund und Land für ein Pilotprojekt oder einen Masterplan gegen Bildungsbenachteiligung in Gelsenkirchen.

A.K. 14.07.2004

- 70 Mrd. €: vorsichtige Schätzung des Ausmaßes der Steuerhinterziehung. Ondracek, Vors. der Deutschen Steuergewerkschaft: „20 Mrd. lassen sich nachträglich kassieren, wenn der Staat das Problem ernster nehmen würde. Die Zahl der Steuerfahnder sollte von 2400 auf 3900 aufgestockt werden.“

- 24 Mrd. € gingen allein 2002 durch den Körperschafts- und Gewerbesteuer-Crash verloren.

Höhere Bildungsinvestitionen für die Grundsanierung des Bildungssystems!

A.K.

Bildungsoffensive Ruhrgebiet 2020

Bochum, Bottrop, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hamm, Herne, Herten, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen und Witten verabreden auf der Emscher-Lippe-Konferenz am 19. Juli 2004 in Gelsenkirchen eine langfristige Zusammenarbeit.

Ihr Arbeitstitel: Bildungsoffensive Ruhrgebiet 2020. Das Ruhrgebiet stellt sich auf die „nachhaltigen strukturellen Veränderungen seiner Bildungssituation im Kontext des demographischen Wandels“ ein

(kompletter Text www.gew-gelsenkirchen.de).

Eckpunkte:

Bildungsfinanzierung

Die Bildungsoffensive Ruhrgebiet 2020 muss mit erheblich mehr Ressourcen ausgestattet werden. Dies erfordert eine neue Prioritätensetzung für „Bildung“ im Landeshaushalt.

Problemstellung

Große Teile der Kinder und Jugendlichen werden kein eigenfinanziertes Leben führen.

Innerhalb des Ruhrgebiets, innerhalb der Städte und oft innerhalb von Stadtteilen gibt es große Unterschiede im Bildungsniveau. Insbesondere in „schwierigen“ Stadtteilen haben Kinder und Jugendliche weniger Chancen auf einen erfolgreichen Bildungsverlauf.

Zum Start in Kindertageseinrichtung und Schule stehen sie mit ungünstigeren Bedingungen da. Ihnen fehlen auf Grund der häuslichen Situation in einem hohen Maße sprachliche, soziale und motivationale Voraussetzungen.

Bisherige Bemühungen und einzelne Erfolge konnten die Problemlagen nicht auffangen. Vorhandene Unterstützungsangebote von Regeleinrichtungen reichen bei weitem nicht aus.

Allianzen und Netzwerkarbeit

Der Bildungsnotstand im Nördlichen Ruhrgebiet soll durch Bündelung der Initiativen, in regionaler Zusammenarbeit überwunden werden. Dabei braucht die Region Hilfe und Unterstützung des Landes.

Gelsenkirchen braucht massive Finanzhilfen

Staatliche Bildungsfinanzierung muss so geändert werden, dass arme Gemeinden, die Städte des Nördlichen Ruhrgebietes, die Wohnorte der bildungsbenachteiligten Kinder, mehr bekommen. Mitteilungen des Schulausschusses belegen: Es fehlt an allen Ecken und Enden.

A.K.

- Alle Maßnahmen zur Verbesserung des Bildungs- und Erziehungsangebotes im Bereich Ganztagschulen, Elementarbereich, Jugendarbeit, ...erfolgen **im Rahmen der verfügbaren personellen und finanziellen Mittel.** Das Weiterbildungsangebot korreliert unmittelbar mit der **finanziellen und organisatorischen Ausstattung.** *Kontrakt zwischen dem Ausschuss und Fachbereich für Kultur und Bildung (Entwurf) vom 21.04.2004*

- **Volkshochschule der Stadt Gelsenkirchen um 210.000 € ärmer**

Infolge des NRW-Doppelhaushalts 2004/2005 werden die Zuweisungen des Landes an Einrichtungen der Weiterbildung nach dem Weiterbildungsgesetz um 15% reduziert. Es finden Kürzungen statt von jeweils 105.075 € in 2004 und 2005. Die Kürzung der Zuweisungen betrifft auch die Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft.

*Fachbereich 43, Herr Dr. Jung
Drucksache 99 – 04/7723 für die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung am 21.04.2004*

- **Stadtbibliothek leidet unter 6-monatigem Beschaffungsstopp**

Die finanzielle Situation der Stadt Gelsenkirchen trifft in besonderer Weise die Stadtbibliothek. Eine Funktionsbeeinträchtigung erhöht die Ungleichheit der Bildungsbedingungen im Land NRW.

Aufgrund von Maßnahmen der Kommunalaufsicht konnten in 2004 bisher noch keinerlei Medien beschafft werden. Kunden, die zum Teil sehr gut über Neuerscheinungen informiert sind, nehmen dies zunehmend wahr.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Haushaltsposition Literatur- und Leseförderung als freiwillige Aufgabe den Maßgaben des § 81 GO zum Opfer fallen musste.

Fachbereich/Referat Gelsenkirchener Stadtbibliothek, Frau Dörte Hundrieser

Drucksache 99 – 04/8298 für die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung am 14.07.2004

Medienentwicklungsplan 2004 – 2009 für die Schulen

Folgekostenetat am untersten zu vertretenden Level

Weitere Belastung der Lehrer

Für das Jahr 2003 erhielt die Stadt Gelsenkirchen eine Schulpauschale von 6.735.665 €. Für 2004 wird mit 7.280.000 € gerechnet.

Die Aufwendungen für technischen Support, Personalkosten und weitere Folgekosten sind mit den Landesgeldern nicht abgedeckt.

Folge:

Unter Berücksichtigung der Haushaltslage der Stadt Gelsenkirchen und aller nur möglichen Einsparungen sind nur ca. 45 € pro Gerät für Betriebskosten, Wartung und Support vorhanden. Diese Kostenkalkulation bewegt sich am untersten zu vertretenden Level.

Herr Karla: Laut Vorlage muss jede Schule für den First-Level-Support einen oder mehrere Medienbeauftragte bestimmen. Da die Arbeit der Lehrer in den letzten Jahren ohne Entlastung durch das Land zugenommen hat, befürchte ich, dass sich der Medienentwicklungsplan negativ auf die Motivation auswirken kann. Gibt es Verhandlungen mit dem Land im Hinblick auf die Medienbeauftragten?

Herr Dr. Beck: Es hat solche Verhandlungen gegeben, dass das Land den First-Level-Support und die Stadt den Second-Level-Support sicherstellen. Die mögliche Kritik der Lehrer muss sich an das Land richten.

Frau Filthaus: Die Hardwareausstattung ist oft nicht mehr aktuell. Neuere Software ist nicht nutzbar.

Fachbereich/Referat Schule

Drucksache 99 – 04/7966 für die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung am 02.06.2004

Druck: Firma Blömeke SRS GmbH
Resser Straße 59, 44653 Herne

Auflage: 3800 Exemplare

Kommentar

Erlernen der deutschen Sprache ist Bringschuld

Hier stimmt etwas nicht:

Fast 55 % aller türkischen Erstklässler in Gelsenkirchen* beginnen am 6. September 2004 ihre Schullaufbahn mit einer Bildungsbenachteiligung: Ihre Deutschkenntnisse sind kaum vorhanden oder nur gering.

Ich wundere und frage mich: Wie kann das sein?

Die meisten von ihnen haben ihr gesamtes Leben in Gelsenkirchen verbracht und waren 2 bis 3 Jahre im Kindergarten. Die Daten bringen auch zum Ausdruck: Je länger der Besuch des Kindergartens, desto besser der Sprachstand.

Viele türkische Familien in Gelsenkirchen, vor allem Mütter und ihre Kinder, leben in einer Parallelwelt neben der deutschen Gesellschaft. Familien Gründungen kommen zu einem erheblichen Teil durch Heiratsmigration zustande.

Als Gelsenkirchener Bürger habe ich das Gefühl, und es kommt in vielen Gesprächen zum Ausdruck: Es findet Abschottung statt.

Eine im Juli 2004 veröffentlichte Studie des Zentrums für Türkeistudien gibt empirische Hinweise: Der Anteil „eher nicht religiös“ nimmt ab. Der Anteil „sehr religiös“ oder „eher religiös“ nimmt zu, gleiches gilt für die Heimatverbundenheit mit der Türkei (SPIEGEL 31/2004 vom 26.07.2004).

An das, was hier in Gelsenkirchen passiert ist, habe ich nicht gedacht, als ich Anfang der 80er Jahre Slogans wie „Wir riefen Arbeitskräfte, es kamen Menschen“ oder „Liebe Ausländer, laßt uns mit diesen Deutschen nicht allein“ unterstützte.

Die Gelsenkirchener Bildungskonferenz vom 13. Juli 2004, die GEW Gelsenkirchen und der Deutsche Gewerkschaftsbund Emscher-Lippe fordern zum einen noch bessere Rahmenbedingungen im Elementarbereich, aber auch:

„Eine Aufklärungsoffensive in Elternhäusern mit Migrationshintergrund muss verdeutlichen, dass das Erlernen der deutschen Sprache eine Bringschuld ist und Voraussetzung für eine erfolgreiche Bildungskarriere der Kinder, unterstützt durch öffentliche Förderung.“

Gelsenkirchener Institutionen leisten mit beschränkten Ressourcen konzeptionell und organisatorisch jetzt schon Bahnbrechendes. Hier soll nach dem Willen der Oberbürgermeister des Nördlichen Ruhrgebietes „noch draufgelegt“ werden.

Aber es wird nicht ohne einen Mentalitätswechsel unserer neuen Mitbürger gehen.

Alfons Kunze

* Sprachstandsmessungen in Niedersachsen, Essen und Berlin kommen zu ähnlichen Ergebnissen.

An dieser Stelle möchte ich dem Kinder- und Jugendmedizinischen Dienst beim Referat für Gesundheit der Stadt Gelsenkirchen „Danke“ sagen und ein „Kompliment“ machen für die Grundlagenarbeit bei der Kinder- und Gesundheitsberichterstattung. Diese sollte und muss noch viel mehr als bisher Grundlage sein für präventives bildungspolitisches Handeln durch den Bund und das Land NRW.

Einschulungsuntersuchung 2003 der Stadt Gelsenkirchen

(Oktober 2003 bis Juni 2004)

3035 Schulanfänger - 2893 Sechsjährige,
142 Siebenjährige

60 % deutsch

25 % türkisch

5 % Osteuropa

10 % Andere (44 % Balkanländer, 4 % Italien, 7 % Spanien, 12 % Griechenland, 33 % übrige Länder)

Deutschkenntnisse bei „türkischen“ Kindern

46,5 %	ausreichend (gute / sehr gute Kenntnisse, grundlegende / gute Grammatik)
44,5 %	gering (geringer Wortschatz, keine Grammatik)
9,0 %	kaum (kein Wortschatz)

Die Deutschkenntnisse stehen in enger Relation zu den Deutschkenntnissen der Mutter. Wenn diese

kaum oder in geringem Maße Deutsch beherrscht, dann hat das Kind ein vierfach größeres Risiko, nicht ausreichend Deutsch zu sprechen.

Aufenthaltsdauer der Migrantenkinder in Deutschland

Jahre	Osteuropa	türkisch	andere
0 - 2	8 %	1 %	8 %
3 - 4	8 %	3 %	4 %
5 - 6	84 %	96 %	88 %

Dauer des Kindergartenbesuchs der türkischen Kinder

72,6 %	3 Jahre oder länger
22,6 %	2 Jahre
3,0 %	1 Jahr
1,8 %	kein Kiga

Im Grundsatz lernt jedes Kind jede Sprache, wenn es systematischen und reichhaltigen Kontakt mit ihr hat und durch soziale Bezüge ein Interesse an Kommunikation in dieser Sprache besteht. Vom Linguistischen her müssten alle hier aufgewachsenen Kinder bei Schuleintritt eine quasi muttersprachliche Kompetenz in der deutschen Sprache aufweisen.

Alfons Kunze



debatte: die grundschulreform in nrw

Ein Sparprogramm, als Reform getarnt

Wann endlich begreift die Landesregierung, dass wirksame Integration nicht zum Nulltarif zu haben ist?

Das Schulministerium will mit der verbindlichen Einführung der flexiblen Schuleingangsphase zum 01.08.2005 sicherstellen, dass alle Kinder eines Jahrgangs tatsächlich Grundschulkindern werden. Rückstellungen vom Schulbesuch sieht das neue Gesetz nur noch bei erheblichen gesundheitlichen Bedenken vor. In einem vor Ostern veröffentlichten Erlass des Ministeriums wird darüber hinaus geregelt, dass auch die Kinder, die nach heutiger Praxis von Anfang an bzw. in den ersten beiden Schuljahren zu den Sonderschulen für Lernbehinderte, für Erziehungshilfe und für Sprachbehinderte überwiesen werden, Grundschulkindern werden bzw. es bleiben.

Wer kann dagegen sein? Hat doch die PISA-Studie die Rückstellung als pädagogisch wenig produktive Sondermaßnahme des deutschen Schulsystems kritisch beleuchtet. Auch frühere Schullaufbahnuntersuchungen haben empirisch belegen können, dass Kinder, die zurückgestellt werden, später deutlich häufiger als andere von Klassenwiederholungen und Sonderschulüberweisungen betroffen sind. Alles spricht für die Integration von Kindern mit Problemen des Lernens, der Sprache und der emotionalen und sozialen Entwicklung. Schon vor der PISA-Studie hat sich in den Integrationsklassen der Grundschule gezeigt, dass die Heterogenität der Lerngruppen für lernschwache und lernstarke Schülerinnen und Schüler ein lernförderlicher Faktor ist.

Kritik und Protest gelten nicht den pädagogischen Zielvorstellungen, sondern der fehlenden konzeptionellen Unterstützung durch eine angemessene Personalausstattung. Nach dem Willen des Ministeriums werden die Unterschiede in den Lernaufgangslagen der eingeschulten Kinder größer, aber die individuellen Förderressourcen an den Grundschulen wachsen nicht mit. Den neuen Aufgaben folgen nicht die entsprechenden Mittelzuweisungen, obwohl schon jetzt die Unterfinanzierung der deutschen Grundschulen im internationalen Vergleich ein Skandal ist.

Mit der Auflösung der Schulkindergärten für bislang zurückgestellte Kinder werden den 3.462 Grundschulen in NRW 655 Stellen des derzeitigen

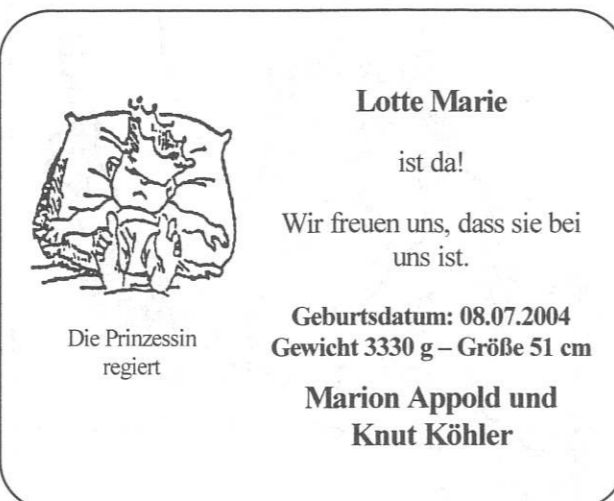
Schulkindergärten beschäftigten Personals zugeteilt. Es bedarf keiner großen Rechenkunst, um sich klarzumachen, dass das Personal einen „flexiblen“ Einsatzplan für mehrere Grundschulen bekommt. Dagegen wird es für die Kinder mit vermutetem oder tatsächlichem sonderpädagogischen Förderbedarf in den ersten Jahren nur die Förderung der Grundschule geben. Der Vorteil, dass Kinder nicht als behindert etikettiert und ausgesondert werden, wird mit dem Nachteil erkauft, dass frühzeitige präventive Förderung durch Sonderpädagogen eingespart wird.

Das als Reform getarnte Sparprogramm wird nicht alle Grundschulstandorte überfordern. Es trifft vor allem die Grundschulen, die in ihrem Einzugsbereich aufgrund sozialer Problemlagen viele Kinder mit zusätzlichem Förderbedarf haben. Es trifft die Kinder, die dringend einen Nachteilsausgleich brauchen. Würde die jetzige Unterstufe der drei Sonderschulformen komplett dem Grundschulbereich zugeordnet, dann stünden den Grundschulen fast 5.000 Sonderschullehrer als Verstärkung der individuellen Förderung zur Verfügung. Was für ein Potenzial auf dem Wege zu einer integrativen und selektionsfreien Grundschule, wenn diese Lehrer dann auch noch nach Bedarf und nicht nach dem Prinzip „Gießkanne“ zum Einsatz kämen. Wann endlich begreift die Landesregierung, dass wirksame Integration nicht zum Nulltarif zu haben ist.?

taz NRW Nr. 7357 vom 13.5.2004, Seite 2, 122
TAZ-Bericht Brigitte Schumann

Der GEW-Stadtverband gratuliert der stellvertretenden Stadtverbandsvorsitzenden, Marion Appold, herzlich zur Geburt ihrer Tochter Lotte Marie.

Wir wünschen Mutter und Kind alles Gute!



„Land raubt Kindern jede Chance“

GEW-Stadtverband: Massiver Protest gegen umstrittenen Sonderschul-Erlass

Gegen den umstrittenen Sonderschul-Erlass aus dem Schulministerium des Landes läuft der Stadtverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Sturm. Mit einer Unterschriftenliste geht er gegen die Absicht des Landes vor, besonders förderungsbedürftige Schulanfänger erst einmal an den überforderten Grundschulen „durchzuziehen“, um die Schülerzahlen der Sonderschulen drastisch zu senken. Das geschehe allein aus Kostengründen, kritisiert die Lehrgewerkschaft. Anstatt wie bisher in Kooperation zwischen Grundschulen, Eltern und Sonderschulen für behinderte Kinder den besten Förderort zu ermitteln, sollen nun alle Grundschulen dazu

verpflichtet werden, behinderte Kinder von Anfang an mit zu unterrichten. Erst danach soll geprüft werden, ob ein spezieller Förderungsbedarf vorliegt. Gerd Weidemann von der Schlossparkschule in Horst ist bestürzt: „Die Förderung behinderter Kinder ist nur dann erfolgreich, wenn sie früh beginnt. Es ist unverantwortlich, Kinder mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf ohne die notwendigen zusätzlichen Mittel und erst mit Verzögerung zu fördern.“ Die Grundschule verfüge weder über die personellen Ressourcen noch über die Fachkenntnisse für die geforderte Förderung. Weidemann sieht die Gefahr, dass sich Lernbehinderungen und Verhaltensstörungen verfestigen.

Auch Grundschullehrer Lothar Jacksteit ist entsetzt: „Das Ministerium unterstellt uns, wir hätten bisher die Kinder ohne ausreichende Förderbemühungen zur Sonderschule abgeschoben.“

„Handlungsbedarf nicht zu erkennen“

Aus den aktuellen Zahlen lässt sich nach Einschätzung der GEW aus Landessicht kein Handlungsbedarf ableiten. So ist der Anteil der Sonderschüler in den letzten Jahren nahezu konstant geblieben. Er liegt mit 5,3 Prozent unter den Werten von 1984. „In absoluten Zahlen werden zur Zeit in Gelsenkirchen sogar 253 Schüler an Sonderschulen weniger unterrichtet

als vor 20 Jahren“, betont Rektor Weidemann. „Von einem dramatischen Anstieg der Schülerzahlen an Sonderschulen kann also keine Rede sein.“ Die GEW befürchtet, dass mit dem Erlass die Chancen der Kinder auf ein Leben ohne Benachteiligung deutlich sinken. „Das Ministerium verfährt nach dem Grundsatz: Wir schaffen Behinderung ab, indem wir sie verbieten“, empört sich Weidemann. Die GEW fordert deshalb eine Rücknahme des Erlasses und eine Erhöhung der Landesmittel für die Sonderschulen. Weidemann: „Dazu gehören deutlich mehr Lehrkräfte und Sozialarbeiter, die die pädagogische Arbeit unterstützen.“

-koe
BZ: 08.05.04

Bauernweißbrot

Zutaten:

1 kg Mehl
1 Päckchen frische Hefe (42 g)
1 Prise Zucker oder etwas Honig
ca. 3 gestrichene Teelöffel Salz
½ l lauwarme Vollmilch

Zubereitung

- Das Mehl in eine Schüssel geben und in der Mitte eine Mulde machen.
- Die Hefe zusammen mit der Prise Zucker in etwa 4 Esslöffeln warmem Wasser auflösen. Diese Mischung gibt man in die Mulde und streut etwas Mehl darüber.
- Das Salz vermischt man am Rand der Schüssel mit dem Mehl, damit es nicht mit der Hefe in Berührung kommt.
- Nun wartet man etwa 10-15 Minuten, bis das Mehl über der Hefe bricht.
- Dann rührt man mit dem Knethaken die Milch unter. Man benutzt den Knethaken so lange, bis

der Teig schon ziemlich fest geworden ist. Dann knetet man auf einer Arbeitsfläche den Rest Mehl mit der Hand unter, bis der Teig nicht mehr klebt.

- Man legt nun den Teig wieder in die Schüssel und lässt ihn abgedeckt an einem warmen Ort 30 Minuten gehen.
- Danach wird er noch einmal durchgeknetet, zu einem Laib geformt und in eine große (oder 2 kleine) Kastenform gelegt.
- Nun muss der Teig ein zweites Mal gehen, wieder 30 Minuten. Mit einem scharfen Messer schneidet man den Laib einmal längs ein und schiebt ihn in einen vorgeheizten Backofen.
- Bei 200° C backt man das Brot nun 30 – 40 Minuten ab.

Variante:

Man backt das Weißbrot mit 50 g Schmalz. Dazu wird das Schmalz verflüssigt und der warmen Milch hinzugefügt. Die Backzeit beträgt dann etwa 50 – 60 Minuten.

Stoppt Steuerklau! Stoppt Vodafone!

Es ist ein Skandal: International operierende Konzerne machen Milliarden Gewinne, zahlen ihren Managern Millionen an Bezügen und Prämien, drücken sich aber durch Trickereien riesigen Ausmaßes ums Steuern zahlen. Und das nicht nur bei uns in Deutschland, sondern weltweit.

Attac hat eine bundesweite Kampagne gegen den dreisten Steuerklau großer Konzerne gestartet. Auf der Vodaklau-Homepage sind Fakten und Hintergründe, Aktionsideen und Pressestimmen, Aktionsberichte und Argumente zum Fall Vodafone zusammengestellt: <http://www.attac.de/vodaklau/>

Macht alle mit und zeigt dem Konzern die Rote Karte!

1. Aktiviert den Mailomat und schickt dem Vodafone-Vorstand eine Protest-Mail: <http://www.attac.de/vodaklau/alle/mail.php>

2. Bestellt die Serie von Protestpostkarten und Plakaten, auf denen der Zusammenhang zwischen Steuertricks und leeren öffentlichen Kassen sehr anschaulich dargestellt ist, auch zum Weiterverteilen.
3. Bitte leitet diese E-Mail an Freundinnen/Freunde und Bekannte weiter.
4. Außerdem suchen wir Menschen, die ihren Vertrag mit Vodafone gekündigt haben, für eine öffentlichkeitswirksame Aktion – meldet euch bitte bei handtmann@attac.de

Der Schneeball des Protests muss ins Rollen kommen – die Menschen müssen es nicht widerstandslos hinnehmen, mit den Folgen der Steuerflucht großer Konzerne zu leben. Breiter öffentlicher Druck ist immer noch das erfolgreichste Mittel um Veränderungen herbeizuführen!

Vielen Dank fürs Mitmachen und Weiterleiten!

Stephanie Handtmann
<handtmann@attac.de>

Keller erhält bis zum Herbst Tageslicht

Aufatmen an Grundschule Horst

Aufatmen an der Grundschule am Schloss Horst: Nach einem Ortstermin mit Vertretern aus Politik und Verwaltung sind die Probleme beim Ganztagsbetrieb und bei der Raumnot offenbar ausgeräumt.

Das teilte Bezirksvorsteher Heinz-Dieter Albert (SPD) nach einem „hochkarätig besetzten Treffen“ mit. Albert: „Es wurde eine einvernehmliche Lösung gefunden.“ Schuldezernent Dr. Manfred Beck sagte Schulleiterin Anita Schade zu, dass „spätestens bis nach den Herbstferien“ die richtige Belichtung für einen Schulraum, der ab September aus Platzmangel in den Keller verlegt werden muss, geschaffen werde. Länger sei den Kindern ein Unterricht in einem Raum nur mit Kellerfenstern nicht zuzumuten, befand die Runde.

Daher soll möglichst schnell, mahnte Rektorin Schade an, das Erdreich vor dem Kellergeschoss ausgehoben werden, um normale Fenster einzubauen.

Auch die „kleineren Probleme“ im Ganztagsbetrieb, so Albert, konnten beseitigt werden. Das Schulverwaltungsamt fühle sich „doch in der Pflicht“, organisatorisch tätig zu werden. Außerdem bot Schuldezernent Beck der Rektorin an, bei weiterem „Sand im Getriebe“ bei entsprechender Benachrichtigung persönlich einzuschreiten.

Im Übrigen werde, so Albert, schleunigst das fehlende Mobilium geliefert. Außerdem sei mit dem Aufbau des seit langem fehlenden Außenspielgerätes begonnen worden. **GM** WAZ, 20.07.04 (Es bleibt die Frage, ob dieser Kellerraum, selbst mit neuen Fenstern, baurechtlich als Unterrichtsraum zugelassen ist. Red.)



Impressum:

Herausgeber: Stadtverband Gelsenk.
Essener Straße 88

Redakteur (verantwort.): Karl-Heinz Mrosek

Layout: Maria Lewandrowski

Verantwortlich i.S.d.P.:
Alfons Kunze, GEW-Stadtverband Gelsenkirchen
Essener Straße 88
45899 Gelsenkirchen

☺ Feuilleton ☺ Feuilleton ☺ Feuilleton ☺ Feuilleton ☺ Feuilleton ☺

Offener Brief an die pädagogisch Lenkenden und Denkenden in den Schulaufsichtsbehörden

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Ihnen von einer kleinen Begebenheit erzählen, die ich kurz vor der sommerlichen unterrichtsfreien Zeit, der Zeit der Notengebung und Abrechnung also, miterleben durfte und die ohne Ihren rastlosen Einsatz für die Effizienz schulischer Arbeit nicht hätte stattfinden können.

Eine Kollegin, der das Glück zuteil wurde, am Ausflugstag einer Klasse eine Stunde weniger unterrichten zu müssen, saß im Lehrerzimmer und schrieb mit ihrer schönsten Schrift hochkonzentriert und offenbar begeistert hundert Mal – etwas ausführlicher und elaborierter aber sinngemäß – den Satz: „Du musst regelmäßig zur Schule kommen.“ Hätte sie den Satz mit „Ich...“ begonnen, wäre mir sofort klar gewesen: Sie hat wieder einmal eine Strafarbeit aufbekommen. (Sie müssen nämlich wissen, wir sind eine rückständige Schule, die trotz Erlasslage auch weiterhin mit Strafarbeiten Ordnung und Disziplin aufrecht erhält. Wie soll auch sonst ein hierarchisches System Akzeptanz finden?)

Nun, die Kollegin eröffnet ihren Satz mit der Anrede „Du...“ und – auch das ließ mich von der ersten Vermutung Abstand nehmen – sie schrieb diesen Satz immer nur einmal auf ein jeweils neues Blatt. Einen zweiten Satz ließ sie jedes Mal vorangehen. Ich verkürzte wieder: „Du bist nicht regelmäßig zur Schule gekommen.“ Sodann versah sie die Vielzahl der Blätter mit ihrer Unterschrift, einer Anschrift und dem Stempel unserer Schule.

Nun hatte ich verstanden. Aber natürlich! Die Kollegin folgte mit ihrer kreativen Schreibe einer der vielen innovativen Anregungen (oder waren es Anweisungen?), die Sie sehr geehrte Lenkende und Denkende, unter den Schockwellen der deprimierenden Ergebnisse der Lernstandsuntersuchungen an deutschen Schulen sich einfallen ließen. Sie schrieb, wie sie mir nach getanem Werk begeistert bestätigte, Förderempfehlungen für die Schüler, denen sie leider mangelhafte und ungenügende Leistungen auf dem Zeugnis zu attestieren gezwungen war. (Und ich erinnerte mich: Ja, in zahllosen Fachkonferenzen hatten wir doch erst kürzlich für jedes Fach ausdifferenzierte For-

mulierungen für diese neuartige, viel versprechende pädagogische Verfahrensweise gesammelt und Formblätter entwickelt!)

„Weißt du“, sagte sie erklärend, „ich setze große Hoffnungen in diese Schreiben. Das ganze Jahr über hatte ich ein schlechtes Gewissen, dass ich meine Schüler nicht genug fördere. Ich habe zwar die Eltern immer angerufen, wenn jemand fehlte, Briefe an Dauerschwänzer und die beliebten blauen Briefe verschickt, zu Gesprächen eingeladen und den Schülern bei allen möglichen Gelegenheiten aufgelistet, was sie alles üben sollen, aber der Erfolg war leider in aller Regel gering. Auch die mangelhaften Noten auf den Zwischenzeugnissen haben offenbar nicht so viel gebracht. Aber diese Förderempfehlungen, das ist ein genialer Gedanke! Wenn jetzt die Eltern lesen und hören, dass wir endlich bereit sind ihre Kinder zu fördern, dann wird sich alles ändern.“

Ich schwieg zu diesen Ausführungen voller Bewunderung für die pädagogische Begeisterung und das aufleuchtende Prinzip Hoffnung.

Ich riss mich auch weiterhin von meiner Beschäftigung mit den neuen Kernlehrplänen los und schaute der Kollegin bei ihrer Arbeit zu. Sie kopierte nun die Förderempfehlungen, lochte die Kopien und fügte sie den einzelnen Schülerakten bei, in denen sich schon eine erkleckliche Zahl von Förderempfehlungen anderer Kollegen angesammelt hatte. Die anschwellenden Aktenordner werden unser schlechtes Gewissen sicherlich abschwellen lassen. Über den Papierverbrauch wollen wir uns mal keine Gedanken machen. Da erhöhen wir einfach den Kopierkostenanteil der Schüler, sind sie doch letztendlich Verursacher der Papierflut.

Werte Lenkende und Denkende, ich möchte Sie ausdrücklich ermuntern, uns Ideenlose weiterhin mit Anregungen zu versorgen. Ich warte schon gespannt auf die Evaluationsbögen, die Förderempfehlungen betreffend. Betrachten Sie diesen Brief bis dahin als einen zwar subjektiven, aber Ihre unermüdliche Sorge um die Schule fördernden Zwischenbericht.

Mit freundlichen Grüßen
Ks.

„Wejen Ausdrücken“

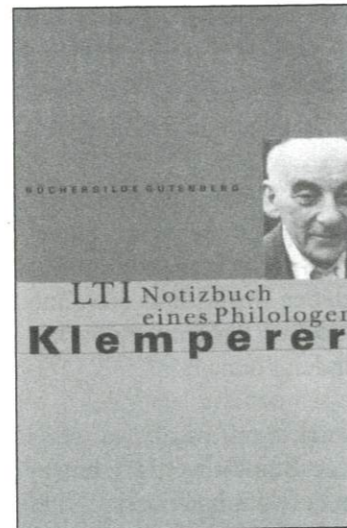
Bei Kriegsende war Victor Klemperer als Flüchtling in Unterbernbach bei Aichach. Nach der Befreiung fragte er sich, welcher Arbeit er sich nun als Erstes zuwenden sollte. Seinem *Achtzehnten Jahrhundert*, das er vor einiger Zeit begonnen hatte, oder den Tagebüchern, die seine Frau gerettet hatte?

Zunächst war er unschlüssig und hatte Zweifel: „Vielleicht war es Luxus und Egoismus gewesen, sich nur in die Wissenschaft zu vergraben und der leidigen Politik aus dem Weg zu gehen? Es stand manches Fragezeichen in meinen Tagebüchern, es stand manche Beobachtung, manches Erlebnis darin, woraus sich dies und das lernen ließ. Vielleicht sollte ich mich zuerst mit dem befassen, was ich in den Leidensjahren aufgespeichert hatte. Oder war das ein Plan der Eitelkeit, der Wichtigtuerei?“

Schließlich gab die folgende Begegnung den endgültigen Ausschlag, der LTI den Vorrang zu geben: „Unter den Flüchtlingen im Dorf befand sich auch eine Berliner Arbeiterin mit ihren zwei kleinen Töchtern. Ich weiß nicht, wie es sich fügte, dass wir noch vor dem Einmarsch der Amerikaner miteinander ins Gespräch kamen. Mir hat es im Vorübergehen schon ein paar Tage lang Vergnügen gemacht, mitten im oberbayerischen Land so unverfälschtes Berlinisch zu hören. Sie war zutunlich und spürte sofort in uns die politische Gesinnungsverwandtschaft. Sie erzählte uns bald, dass ihr Mann lange als Kommunist gesessen habe und jetzt bei einem Strafbataillon, Gott weiß wo, stehe, falls er überhaupt noch lebe. Und sie selber, berichtete sie mit Stolz, habe auch ein Jahr gebrummt und säße auch heute noch, wären nicht die Gefängnisse überfüllt gewesen und man hätte sie nicht als Arbeiterin gebraucht.“

Weswegen haben Sie denn gesessen? fragte ich. Na wejen Ausdrücken... (Sie hatte den Führer, die Symbole und die Einrichtungen des Dritten Reiches beleidigt.) Das war die Erleuchtung für mich. Bei diesem Wort sah ich klar. Wejen Ausdrücken. Deswegen und daherum würde ich meine Arbeit am Tagebuch aufnehmen. Die Balancierstange wollte ich aus der Masse des übrigen herauslösen und nur eben die Hände mitskizzieren, die sie hielten. So ist dieses Buch zustande gekommen, aus Eitelkeit weniger, hoffe ich, als wejen Ausdrücken.“

Auszug aus Victor Klemperer, LTI



Victor Klemperer
LTI
Lingua Tertii Imperii
Notizbuch eines Philologen

Klemperers längst zum Klassiker gewordenes Werk beleuchtet nicht nur den perfiden Umgang der Nationalsozialisten mit Sprache, vielmehr sensibilisiert es den Leser für jedweden Missbrauch und Instrumentalisierung von Sprache – gestern wie heute.

„Worte können sein wie winzige Arsendosen, und nach einiger Zeit ist die Wirkung da“, schrieb Victor Klemperer in seinem Tagebuch über die Sprache des Dritten Reiches. Was immer ihm an der Sprache der Nationalsozialisten auffiel, notierte er, um sich, wie er es ausdrückte, „über die Situation zu stellen und die innere Freiheit zu bewahren“, unter der „immer wirksamen Geheimformel LTI“ in seinem Tagebuch. Diese scharfsinnige Kritik wurde dem Autor gleichsam zur Balancierstange über den Abgrund: Unter grauenvollen Lebensumständen, zuletzt im Dresdner Judenhaus, notierte er seine Beobachtungen zum Sprachverfall in der Zeit des Nationalsozialismus.

Leinen mit Schutzumschlag, 360 Seiten
€ 17,90 / SFR 29,- NR 15492-7
Leseprobe unter www.buechergilde.de

Victor Klemperer wurde 1881 in Landsberg/Warthe als achttes Kind eines Rabbiners geboren. Von 1902 bis 1905 studierte er Philosophie, Romanistik und Germanistik in München, Genf, Paris und Berlin. 1912 konvertierte er zum Protestantismus. 1920 erhielt er ein Lehramt für Romanistik an der Technischen Hochschule in Dresden, aus dem er 1935 wegen seiner jüdischen Herkunft entlassen wurde. 1938 begann Klemperer mit der Niederschrift seiner Lebensgeschichte Curriculum vitae. 1940 erfolgte die Zwangseinweisung in ein Dresdener Judenhaus. Nach seiner Flucht aus Dresden im Februar 1945 kehrte Klemperer nach dem Krieg wieder dorthin zurück und wurde zum Professor an der Technischen Universität Dresden ernannt. 1947 erschien seine Sprachanalyse des Dritten Reiches, LTI (Lingua Tertii Imperii) zum ersten Mal. Victor Klemperer starb 1960 in Dresden.

Die GEW im neuen Personalrat Sonderschulen



Gerd Weidemann
Schlossparkschule LB



Astrid Schenk
Rungenbergschule LB



Ulla Petzolt
Fördersystem
Schemannstraße



Detlef Seela
Fördersystem
Schemannstraße



Karin Kriener
Gecksheide SB



Gisela Starcke
Löchterschule KB



Corinna Schulte
Glückauf-Schule GH/SG



Die GEW-Fraktion im Personalrat bedankt sich bei ihren Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen.

Die GEW hat, wie schon im vorherigen Personalrat, 7 von 9 möglichen Sitzen errungen. Das ist ein schöner Erfolg, der dazu anspornt weiterzumachen mit der anerkannt guten Arbeit, verkörpert durch den alten wie neuen Vorsitzenden. Die GEW-Fraktion stellt weiterhin den Vorsitzenden *Gerd Weidemann*, die stellvertretende Vorsitzende *Karin Kriener*, den Protokollführer *Detlef Seela* und die stellvertretende Protokollführerin *Gisela Starcke*.

Detlef Seela